



Die 29. Weltklimakonferenz (COP29) in Baku, Aserbaidshan, sollte ein Meilenstein im globalen Klimaschutz sein. Doch das Abschlussprotokoll offenbart tiefe Ungerechtigkeiten, die die Kluft zwischen den Nationen weiter vertiefen und die dringend benötigte Solidarität im Kampf gegen den Klimawandel untergraben.

Unzureichende Klimahilfen für Entwicklungsländer

Ein zentrales Ergebnis der COP29 ist die Zusage, bis 2035 jährlich mindestens 1,3 Billionen US-Dollar für Klimahilfen bereitzustellen, wovon 300 Milliarden US-Dollar hauptsächlich von Industriestaaten stammen sollen. Diese Summe bleibt jedoch weit hinter den Forderungen der Entwicklungsländer zurück, die einen deutlich höheren Bedarf an externer Hilfe haben, um in den Klimaschutz zu investieren und sich an die Folgen der Erderwärmung anzupassen.

Indien zeigte sich besonders unzufrieden und kritisierte sowohl die Höhe der zugesagten Mittel als auch den langen Zeitraum bis zur vollständigen Bereitstellung. Die indische Delegation betonte, dass 2035 viel zu spät sei und die zugesagten 1,3 Billionen US-Dollar nicht ausreichen, um den dringenden Bedarf zu decken.

Intransparente Finanzierungswege

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Unklarheit darüber, wie die zugesagten Mittel aufgebracht werden sollen. Obwohl Entwicklungsbanken mehr Kredite gewähren und armen Staaten Schulden erlassen sollen, bleibt offen, wie die benötigten Billionen tatsächlich finanziert werden. Diese Ungewissheit verschiebt die Verantwortung auf zukünftige Konferenzen und verzögert dringend notwendige Maßnahmen.

Dominanz fossiler Interessen

Besonders besorgniserregend ist die starke Präsenz von Lobbyisten der fossilen Brennstoffindustrie auf der COP29. Berichten zufolge waren über 1.700 Vertreter dieser Branche anwesend, was die Glaubwürdigkeit der Konferenz untergräbt und Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Bemühungen zur Reduzierung fossiler Energienutzung aufwirft.

Wikipedia

Menschenrechtsbedenken im Gastgeberland

Die Wahl Aserbaidshans als Gastgeberland wurde ebenfalls kritisiert. Menschenrechtsorganisationen wiesen auf die repressiven Maßnahmen der Regierung gegen



Kritiker und die Zivilgesellschaft hin, was die freie Meinungsäußerung und den zivilgesellschaftlichen Diskurs während der Konferenz einschränkte.

Wikipedia

Fazit

Das Abschlussprotokoll der COP29 spiegelt eine tiefe Ungerechtigkeit wider. Die unzureichenden finanziellen Zusagen, die Intransparenz bei der Mittelbeschaffung, die Dominanz fossiler Interessen und die Menschenrechtsbedenken im Gastgeberland untergraben das Vertrauen in den globalen Klimaschutzprozess. Es ist dringend erforderlich, dass zukünftige Klimakonferenzen diese Ungerechtigkeiten adressieren und echte, gerechte Lösungen für alle Nationen bieten.

Es grüßt die Redaktion von Nachrichten.fr!